

Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte

Küpper, Patrick; Steinführer, Annett

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Küpper, P., & Steinführer, A. (2017). Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte. *Europa Regional*, 23.2015(4), 44-60. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53589-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte

PATRICK KÜPPER und ANNETT STEINFÜHRER

Zusammenfassung

Die deutsche Peripherisierungsdebatte wendet ihre Aufmerksamkeit vor allem dünn besiedelten ländlichen Räumen und in diesen Regionen dem auf Fallstudienbasis beobachteten Abbau von Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu. In dieser ausstattungsbezogenen Debatte sind Unterschiede innerhalb ländlicher Räume ebenso wie subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen der Bevölkerung bislang nur wenig beachtet worden. Der Beitrag beleuchtet im ersten Schritt am Beispiel von Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Bildungs- und Betreuungsbereich in Niedersachsen Veränderungen der Zahl und der Dichte von Grundschulen und Kindertagesstätten. Deutschlandweite Befragungsdaten werden anschließend auf Ausstattungs- und Bewertungsunterschiede zwischen unterschiedlichen Siedlungstypen hin untersucht. Es wird gezeigt, dass es in ländlichen Räumen sowohl Ausdünnungs- und Konzentrationsprozesse als auch einen Ausbau von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht gibt. Wahrgenommene Verschlechterungen beschränken sich nicht auf ländliche oder peripher-ländliche Räume, vielmehr geben die Befragungsdaten Hinweise auf wahrgenommene Verbesserungen und Verschlechterungen der wohnortnahen Daseinsvorsorgeausstattung über alle Siedlungs- und Raumtypen hinweg. In der Ergebnisinterpretation werden Gewöhnungseffekte, Abwanderung von Unzufriedenen, Bewältigungs- und Kompensationsstrategien sowie sozialgruppenspezifische Bewertungsmaßstäbe als zu berücksichtigende Faktoren genannt. Für weiterführende Forschungen bedeutet dies, dass vertiefende Studien einzelner Daseinsvorsorgebereiche, Erwartungshaltungen und Bewältigungsstrategien, aber auch mentale Anpassungsprozesse raumtypenvergleichend und disziplinenübergreifend notwendig sind, um das Konzept der Peripherisierung konzeptionell und empirisch besser zu untersetzen.

Peripherisierung; Zentralisierung; Daseinsvorsorge; gesellschaftliche Teilhabe; ländliche Räume; Deutschland

Abstract

Public services in rural areas between thinning out and expanding: A contribution to the peripheralisation debate

The German peripheralisation debate directs its attention largely at thinly populated rural areas, using case studies to observe the reduction in public and private services in these regions. This infrastructure-based debate has so far paid little regard to the differences within rural areas or the subjective perceptions and views of the population. Using examples of service provision in the area of education and care in Lower Saxony, the article first looks at changes in the number and density of primary schools and child day-care facilities. Germany-wide survey data is then used to compare differences in provision of public and private services and subjective assessments between different types of settlement. The authors show that public and private services in rural areas are experiencing processes of both thinning-out and concentration, as well as an expansion of provision in quantitative and qualitative terms. Perceived deterioration is not confined to rural or peripheral rural areas. Rather, the survey data indicates both perceived improvements and deterioration in local public service provision across all types of settlements and regions. In interpreting the results, the article identifies a range of factors that need to be taken into account: habituation effects, outward migration of dissatisfied residents, coping and compensation strategies, and group-specific evaluation criteria. This means that more in-depth, comparative and interdisciplinary studies across different types of areas are needed in future research. These should cover individual fields of private public services, along with expectations, coping strategies and mental adjustment processes, in order to underpin the concept of peripheralisation in both theoretical and empirical terms.

Peripheralisation; centralisation; basic services; social participation; rural areas; Germany

Einführung: Rückläufige Daseinsvorsorge als Schlüsseldimension von Peripherisierung

Peripherisierung bezeichnet die dauerhafte Abkopplung ganzer Regionen von den Agglomerationsräumen in ökonomischer, sozialer, politischer, fiskalischer und symbolischer Hinsicht (BÜRKNER 2005; KEIM 2006; KÜHN 2015). Von der Forschung zu den „alten“ oder „inneren“ Peripherien unterscheidet sich dieser – im internationalen Vergleich weitgehend auf Deutschland beschränkte – Diskurs insofern, als der Prozesscharakter, die Entstehungsbedingungen sowie die Überlagerung verschiedener Entwicklungen hervorgehoben werden. KEIM (2006, S. 3) definierte Peripherisierung als „graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen“. In Weiterführung dieser Überlegungen haben BERNT et al. (2010a) in ihrem heuristischen Modell Abkopplung, Abwanderung, Abhängigkeit und Stigmatisierung zu den zentralen Dimensionen und zugleich Verstetigungsbedingungen von Peripherisierung erklärt (vgl. auch KÜHN u. WECK 2013).

Der Abbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge – insbesondere die Schließung sozialer Infrastrukturen – spielt im Peripherisierungsdiskurs eine zentrale Rolle (vgl. bereits KEIM 2006; S. 4 f. sowie BEETZ et al. 2008; NEU 2009). Diese Schwerpunktsetzung ist folgerichtig, galt doch in den deutschen Nachkriegssozialstaaten West wie Ost gesellschaftliche Teilhabe über Infrastruktur als Schlüssel zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land. Ländliche Räume waren mittels Infrastrukturoffensive in Form klassischer top-down-Politik auf das Niveau der Städte zu heben (BARLÖSIUS u. SPOHR 2014; FUCHS 1996) und wurden so „urbanisiert“. Vor diesem Hintergrund müssen Schließungen und Rückbau von Infrastrukturen im Zuge des soziodemographischen Wandels und kommunaler Finanzengpässe als Infragestellung des Leitbilds einer regional ausgewogenen Entwicklung gelten. Entsprechend sprachen Einig und Jonas (2009) erstmals

von „ungleichwertigen Lebensbedingungen“, eine Formulierung, die sich auch im Raumordnungsbericht 2011 (BBSR 2012, S. 16–30) wiederfindet.

Auffällig am Peripherisierungsdiskurs ist, dass er zwar konzeptionell von Anbeginn die Anwendbarkeit auf alle Raumtypen (zuletzt KÜHN u. MILSTREY 2015, S. 188) und Raumebenen – also beispielsweise auch auf sozialräumliche Disparitäten innerhalb von Großstädten – behauptet, empirisch aber vor allem in der Dichotomie Metropolen versus nicht-metropolitane Räume oder verkürzt großstädtische Zentren versus dünn besiedelte (periphere) ländliche Regionen wirkmächtig ist (als Ausnahme vgl. FÖRSTTE 2013). Die Dichotomie von Zentrum/Zentralisierung und Peripherie/Peripherisierung scheint in eins zu fallen mit jener von Stadt versus Land und verfestigt eine auch in der Öffentlichkeit und partiell in der Wissenschaft anzutreffende stereotype Vorstellung von ländlichen Räumen als (per se) „strukturschwach“. Damit knüpft die Diskussion – eher implizit – an die Analysen von Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Stadt (Zentrum) und Land (Peripherie) vor dem Hintergrund der Dependenztheorie in den 1960er und 1970er Jahren an (FUNK 1977; IPSEN 1993, S. 128). Das Verdienst der aktuellen Peripherisierungsdebatte besteht zweifellos darin, der Frage regionaler Disparitäten in Deutschland neue Aufmerksamkeit verschafft zu haben. Allerdings sind in diesem Zusammenhang intraregionale Unterschiede innerhalb ländlicher Räume bislang wenig beachtet worden.

Dieser Befund dient als Ausgangspunkt des nachfolgenden Artikels. Er will zugleich über einen ausstattungsbezogenen Fokus, wie er in Teilen des Peripherisierungsdiskurses anzutreffen ist, hinausgehen und subjektive Bewertungen der Bevölkerung mit einbeziehen. Die Frage, wie viele und welche Einrichtungen in der Vergangenheit in bestimmten Dörfern oder Regionen geschlossen wurden, ist deshalb nicht irrelevant. Sie ist jedoch – so unsere Ausgangsthese – nicht ausreichend, um bezogen auf Daseinsvorsorge

von Peripherisierung sprechen zu können, da sie die Bewältigungskapazitäten und -strategien der von Schließungen und Zentralisierungstendenzen Betroffenen unberücksichtigt lässt.

Die zu beantwortenden Forschungsfragen lauten daher: Welche Peripherisierungsprozesse im Sinne von Angebotsverschlechterungen und Konzentration von Daseinsvorsorgeeinrichtungen finden innerhalb ländlicher Räume statt? Wie werden diese Prozesse wahrgenommen und bewertet? Der Artikel stellt theoretische Anknüpfungspunkte an wirtschaftswissenschaftliche und stadtsoziologische Diskurse her, um sich dem Phänomen der Peripherisierung aus einer handlungstheoretischen Perspektive zu nähern. Im empirischen Teil wird zunächst auf der Basis von Daten der amtlichen Statistik aus Niedersachsen sowie anhand von Fallstudienresultaten aus dem Harz untersucht, inwiefern Angebotsstrukturen in ländlichen Räumen ausdünnen und eine Zentralisierung auf Klein- und Mittelstädte stattfindet. Nach dieser Betrachtung der strukturellen Dimension werden auf sekundäranalytischer Basis subjektive Wahrnehmungen von Veränderungen der Daseinsvorsorge in ländlichen im Vergleich zu groß- und mittelstädtischen Räumen untersucht. Eine übergreifende Diskussion der unterschiedlichen empirischen Befunde folgt, bevor abschließend ein Fazit gezogen und der weitere Forschungsbedarf skizziert werden.

Theoretische Anknüpfungspunkte

Als zentrales Kennzeichen von Peripherisierungsprozessen gelten neben ökonomischen Verwerfungen und demographischen Veränderungen die Ausdünnungsprozesse von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in den betroffenen Räumen, wobei die vorliegenden Studien fast ausschließlich dünn besiedelte (und/oder periphere) ländliche Regionen in den Blick nehmen (vgl. z. B. NEU 2009; BEETZ et al. 2008; BERNT et al. 2010a, S. 11; NAUMANN u. REICHERT-SCHICK 2012). Die Bewertung der Angebotsqualität durch die betroffenen Bürger wird dabei weitaus seltener in den Blick genommen, ebenso

wie die tatsächliche Nutzung der Angebote und der dabei erzeugte Nutzen. Doch für eine handlungstheoretische Betrachtung ist über eine Strukturanalyse vorhandener bzw. fehlender Einrichtungen hinauszugehen. Dafür kann auf verschiedene wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Konzeptualisierungen zurückgegriffen werden.

In den Wirtschaftswissenschaften existiert ein langer Diskurs darüber, wie strukturelle Indikatoren zur Wohlfahrtsmessung – z. B. das Bruttoinlandsprodukt – durch subjektive Indikatoren zu ersetzen oder zu ergänzen sind (vgl. etwa HIRSCHAUER et al. 2014). Der klassische utilitaristische Ansatz nach BENTHAM (1789) betonte bereits, dass Nutzen einem introspektiven Hedonismus entspricht und individuell messbar ist. Die behavioristische Nachfragetheorie, die seitdem den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream bildet, geht hingegen davon aus, dass die erlebte Befriedigung beim Konsum eines Gutes nicht messbar ist. Stattdessen können nur die Entscheidungen zum Kauf und zur Nutzung beobachtet werden. Damit geht jedoch ein reduktionistisches Menschenbild einher, das multidimensionale Zielsysteme mit Zielkonflikten und unterschiedlichen Zielaktivierungen unter verschiedenen Bedingungen, Veränderungen der Präferenzen im Zeitablauf, zeitliche Gewöhnung, externe Effekte, Abhängigkeiten von Vergleichsgruppen und *loss aversion* vernachlässigt.

Aus der Kritik an der ökonomistischen Wohlfahrtsperspektive war bereits in den 1970er Jahren die Lebensqualitätsforschung entstanden (ZAPF 1972; vgl. auch ZAPF 1984; NOLL 2000). Lebensqualität wird dabei als Zusammenspiel von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden verstanden. Demnach gibt es bezogen auf soziale Gruppen (unterschieden etwa nach sozioökonomischem Status, Lebenslagen oder Altersgruppen) variierende Anspruchsniveaus. Das bedeutet, dass „durchaus gute Lebensbedingungen mit einer als schlecht wahrgenommenen Lebensqualität zusammengehen können

(Unzufriedenheitsdilemma) und schlechte Lebensbedingungen mit positiven Bewertungen (Zufriedenheitsparadox)“ (ZAPF 1984, S. 25). In dieser Tradition wird Lebensqualität als „multidimensionales Wohlfahrtskonzept“ verstanden und „als etwas von Lebensstandard [V]erschiedenes und auf Wohlstand im Sinne der Versorgung mit Gütern und Dienstleistung nicht [R]eduzierbares betrachtet“ (NOLL 2000, S. 3 bzw. 7).

Die aktuelle verhaltensökonomisch geprägte „Glücksforschung“ knüpft wiederum an die klassische Theorie von Bentham und die Lebensqualitätsforschung an. Für VEENHOVEN (2009) ist Glück die subjektive Einschätzung aller Lebensbereiche (Arbeit, Familie, Sozialleben, Konsummöglichkeiten, Gesundheit etc.) durch ein Individuum. Das intuitive Bewerten und affektive Erleben des Utilitarismus wird dabei um die kognitive Evaluation basierend auf den individuellen Ansprüchen und deren tatsächlicher Befriedigung erweitert. Demnach geht es nicht, wie im behavioristischen Ansatz, um den erwarteten Nutzen zum Entscheidungszeitpunkt, sondern um den erlebten Nutzen. Dabei unterscheidet Veenhoven zwischen *liveability* (Lebensbedingungen) und *life-ability* (Bewältigungskapazitäten).

Mit diesen handlungstheoretischen Konzepten lässt sich der Bogen zu einer anderen etablierten raumwissenschaftlichen Debatte, nämlich die Diskussion um benachteiligte und zugleich benachteiligende Quartiere in der Stadtsoziologie, ziehen. Trotz der naheliegenden Parallelen zwischen der Peripherisierung- und der Segregationsdebatte – bei denen es in beiden Fällen um die Frage sozialräumlicher Ungleichheiten und deren Effekte auf Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe geht – hat es bislang kaum Versuche gegeben, beide zusammenzuführen (vgl. aber die entsprechenden Hinweise bei NEU 2006, S. 10 f. sowie bei STEINFÜHRER u. KÜPPER 2013, S. 16). In der Segregationsforschung werden Stadträume als Gelegenheitsstrukturen konzeptualisiert, in denen nicht nur bestimmte Einrichtungen vorhanden (oder eben nicht vorhanden)

sind. Vielmehr wird von weiteren Kontexteffekten (wie gebauten Strukturen oder Lagefaktoren) ausgegangen und die Idee, dass residentielle Segregation lediglich ein Abbild sozialer Ungleichheiten sei, verworfen: „Die Verräumlichung sozialer Ungleichheit [...] bedeutet also eine Verstärkung der bestehenden sozialen Ungleichheiten, wobei die räumliche Konzentration der sozial Benachteiligten bedeutet, daß jene durch ihre die Handlungsmöglichkeiten und Partizipationschancen einschränkende Wohnungs- und Wohnumfeldbedingungen zusätzlich benachteiligt werden“ (DANGSCHAT 1998, S. 208; vgl. bereits ALPHEIS 1987). Empirisch bleibt der Nachweis von Kontexteffekten auf der Quartiers-ebene eine große methodische Herausforderung, und bislang konnten allenfalls schwache bzw. kaum eindeutige Kontexteffekte nachgewiesen werden (für einen Literaturüberblick siehe RITTERHOFF u. VOLKMANN 2014). Eine konzeptionelle Erweiterung der Idee *benachteiligender* Sozialraumstrukturen erfolgte durch die Untersuchungen von BLASIUS, FRIEDRICH und KLÖCKNER in deutsch-türkischen Stadtvierteln in Köln (BLASIUS et al. 2008). Sie differenzierten quartiersbezogene Gelegenheitsstrukturen in strukturelle Restriktionen (z. B. vorhandene oder fehlende infrastrukturelle Einrichtungen), lokale Institutionen (wie soziale Netzwerke und *peer groups*), selbstverstärkende symbolische Negativeffekte (gemeint sind z. B. Auswirkungen wahrgenommener Verwahrlosungserscheinungen) sowie soziales Lernen (etwa die Wahrnehmung und/oder Übernahme abweichenden Verhaltens) (ebd., S. 12 f.). Das zugrundeliegende Akteursmodell geht von aktiv gestaltenden Individuen aus, deren Handeln durch individuelle Ressourcen und sozialräumliche Rahmenbedingungen gleichermaßen beschränkt wie ermöglicht wird. Damit verbindet sich zugleich die Abkehr von einem substantialistischen Raumverständnis, das SCHROER (2008) für einen Großteil der Forschungen über Räume sozialer Exklusion (wie Banlieus, Favelas, Ghettos oder Slums) konstatiert: Diese erklärten „die benachteiligten

Wohnräume zu Fallen [...], aus de[nen] es kaum ein Entrinnen gibt. [...] Es fehlt am Interesse für die Einschätzungen der Bewohner selbst darüber, welchen Einfluss die räumliche Infrastruktur ihres Viertels auf ihre Lebenssituation hat. Die Individuen werden nur allzu oft zu passiven Erduldern und Opfern der durch die Eigenschaften des Raums, in dem sie leben, vorgegebenen Möglichkeiten erklärt“ (ebd., S. 139; für einen anderen Diskussionszusammenhang vgl. dazu auch STEINFÜHRER u. KUHLLICKE 2012). Dieses Akteursbild – bzw. die ungenügende Einbeziehung lebensweltlicher Perspektiven sowie von Bewältigungsstrategien und -kapazitäten – kennzeichnet auch weite Teile des Peripherisierungsdiskurses, und eine systematische Beachtung sozialstruktureller Unterschiede in der Alltagsbewältigung steht aus.

Für die Untersuchung von Peripherisierungsprozessen in ländlichen Räumen bedeuten diese theoretischen Vorüberlegungen, dass sich eine solche Analyse nicht auf die vorhandene oder fehlende Ausstattung mit Daseinsvorsorgeeinrichtungen (im Sinne von BLASIUS et al. 2008: strukturelle Restriktionen) beschränken kann. Vielmehr muss es auch um die Wahrnehmung und Bewertung vorhandener und fehlender Infrastrukturen sowie, mindestens ebenso wichtig, um Bewältigungsstrategien und -ressourcen gehen. Aufgrund der Beschränktheit vorliegender Datensätze können die folgenden Ausführungen diese Defizite nur bedingt beheben. Neben sekundäranalytischen Auswertungen und kritischen Reflexionen der Daten der amtlichen Statistik sowie von Befragungsdaten wird deshalb auf Fallstudien zurückgegriffen. Verbleibende Forschungsfragen sind Thema des Ausblicks im abschließenden Kapitel.

Die strukturelle Dimension: Daseinsvorsorge als physische Gelegenheitsstrukturen

Die Peripherisierungsdiskussion bezieht sich in der Regel auf die strukturellen Lebensbedingungen. Dabei wird Peripherisierung im Bereich der Daseinsvorsorge häufig an Ungleichheiten in

Ausstattungskennziffern, wie z. B. Ärzte je 100.000 Einwohner, bzw. an der Abweichung vom Bundesdurchschnitt festgemacht (vgl. auch STEINFÜHRER u. KÜPPER 2013, S. 17 f.), was aber den Prozesscharakter von Peripherisierung nicht abbilden kann. Veränderungen dieser Dichten sind wiederum nur begrenzt aussagefähig, weil Änderungen sowohl im Nenner als auch im Zähler stattfinden können. Zudem werden häufig Bevölkerungsveränderungen dargestellt, wobei vom allgemeinen Rückgang bzw. der Schrumpfung bestimmter Bevölkerungsgruppen gern auf Ausdünnung und Angebotsverschlechterung für die verbleibenden Einwohner geschlossen wird. Neben solchen deskriptiven Auswertungen von Massendaten thematisieren Fallstudien detailliert Ausdünnungsprozesse im Detail, wobei die konkreten Auswirkungen des Infrastrukturabbaus auf die sozioökonomische Entwicklung und sich selbst verstärkende Abkopplungsprozesse vermutet werden, aber kaum belegt werden können (z. B. NAUMANN u. REICHERT-SCHICK 2012; BEETZ et al. 2008). Außerdem lassen solche Untersuchungen offen, ob es sich bloß um (extreme) Einzelfälle oder weiter verbreitete Phänomene handelt. Generell lässt sich das Problem, dass mit der Betrachtung von Strukturdaten zum Input (also zur Bereitstellung von Angeboten) nicht auf den gesellschaftlichen Outcome (d. h. die tatsächliche Nutzung der Angebote und deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe) geschlossen werden kann (vgl. auch DANIELZYK 2014, S. 18), nicht lösen, da die entsprechenden Daten in der Regel fehlen.

Quantitative Veränderungen bei Grundschulen und Kindertagesstätten in Niedersachsen

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden beispielhaft für die ländlichen Räume Niedersachsens¹ Veränderun-

gen in den Daseinsvorsorgebereichen Grundschulen und Kindertagesstätten untersucht, um Hinweise auf Peripherisierungs- und Zentralisierungsprozesse innerhalb dieses Raumtyps zu erhalten. Dabei wird der Frage nachgegangen, welcher Gemeindetyp eher von Ausdünnungsprozessen betroffen ist und wo Ausbau stattfindet. Die Grundschulen sind von Konzentrationsprozessen betroffen, weil die Schülerzahlen im Zuge des demographischen Wandels zurückgehen. Die Kindertagesstätten sind demgegenüber eher ein Beispiel für Angebotsausdehnung, da sich die Anforderungen an die Kinderbetreuung gewandelt haben und damit verbunden ein Rechtsanspruch sowie entsprechende Fördermöglichkeiten eingeführt wurden. Zur räumlichen Gliederung wurden zunächst die siedlungsstrukturellen Kreistypen des BBSR genutzt, um zwischen ländlichen und städtischen Kreisen zu differenzieren (MILBERT et al. 2012, S. 50–53). Um dann Veränderungen innerhalb der ländlichen Kreise zu untersuchen, wurden die Stadt- und Gemeindetypen des BBSR verwendet (ebd., S. 30–33). Diese Gemeindetypisierung soll die verschiedenen Zentralitätsstufen in ländlichen Räumen abbilden. Da es in den ländlichen Räumen keine Großstädte gibt, fallen die beiden Großstadtypen heraus. Die Mittelstädte haben Einwohnerzahlen von 20.000 bis unter 100.000 und sollen Mittelzentren abbilden. Die Kleinstädte mit mindestens 5.000 Einwohnern oder grundzentraler Funktion werden wiederum bei 10.000 Einwohnern in größere und kleinere unterschieden. Schließlich bilden die Landgemeinden die kleinsten Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern und ohne grundzentrale Funktion ab.

Die Zahl der Grundschulen hat sich in Niedersachsen von 2006 bis 2014 insgesamt um ca. 6 % reduziert (Tab. 1). In den ländlichen Kreisen war der Rückgang geringfügig höher als in den städtischen. Dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant (Mann-Whitney-Test: $p > 0,05$).

¹ Niedersachsen eignet sich als Beispielfall besonders, weil es die Vielfalt ländlicher Räume in Deutschland relativ gut abbildet. So befinden sich hier sowohl zentrennahe als auch periphere sowie strukturstarke und -schwache ländliche Räume. Schließlich bietet das Statistische Landesamt von Niedersachsen Daten für die betrachteten Einrichtungen der Daseinsvorsorge

auf Ebene der Gemeindeverbände, sodass eine Differenzierung innerhalb ländlicher Kreise möglich wird (LSN 2016).

Innerhalb der ländlichen Kreise ging in den Landgemeinden die Zahl der Grundschulen mit ca. 8 % am stärksten zurück. Die kleineren Kleinstädte verzeichneten den geringsten Rückgang mit 5 %. Die Ausdünnung war hingegen in den größeren Zentren stärker als in den kleineren Kleinstädten. Die Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen auf Ebene der Gemeindeverbände sind jedoch nicht signifikant (Kruskal-Wallis-Test: $p > 0,05$). Somit lässt sich zwar zeigen, dass die Anzahl der Grundschulen in den Landgemeinden Niedersachsens stärker zurückgegangen ist als in den anderen Stadt- und Gemeindetypen, gleichwohl sind auch die anderen Typen von Ausdünnungsprozessen betroffen, und die Zuordnung zu einem Typ bietet keinen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Schulschließungen. Auffallend ist, dass die Streuung in der Gruppe der Landgemeinden am höchsten ist. Auch wenn der Mittelwert der Landgemeinden eine

geringere Schrumpfung zeigt als in den größeren Kleinstädten, unterscheiden sich die Landgemeinden relativ stark, weil ihre Spannweite von keiner Veränderung bis hin zur Schließung aller Grundschulen, was einem Rückgang um 100 % entspricht, reicht.

Ein entgegengesetztes Bild ergibt sich, wenn die Zahl der Kinder im Grundschulalter betrachtet wird (Tab. 1). Die Gruppe der 6- bis unter 10-Jährigen sank nämlich ebenfalls in allen untersuchten Raumtypen von 2006 bis 2014 und zwar deutlich stärker als die Zahl der Grundschulen. Demzufolge steigt die Grundschuldichte gemessen an der Anzahl der Schulen je 1.000 Kinder in der entsprechenden Altersgruppe. Dieses Ausstattungsniveau ist in den ländlichen Kreisen, in denen die Zahl der Grundschüler besonders stark zurückgegangen ist und in denen die Grundschuldichte 2006 bereits über dem Landeswert lag, stärker gestiegen als in den städtischen Kreisen.

Gemeindeverbände in ländlichen Kreisen verzeichneten im Median² einen Anstieg der Grundschuldichte von 28 %, während dieser in den städtischen Kreisen lediglich bei 22 % lag. Dieser Unterschied ist statistisch signifikant, wenn auch der Effekt der Zuordnung zum Kreistyp gering bleibt (Mann-Whitney-Test: $p < 0,01$; $r = -0,13$). Innerhalb der ländlichen Kreise zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter ist zwar in den Landgemeinden mit ca. 27 % wesentlich stärker zurückgegangen als in den anderen Stadt- und Gemeindetypen, die Zahl der Grundschulen hat sich aber kaum stärker als in den anderen Typen reduziert. Somit stieg auch hier die Grundschuldichte von 2006 bis 2014 am stärksten an, obwohl bereits zu Beginn des Betrachtungszeitraums mehr

² Zum Vergleich der beiden Gruppen wird hier anders als in der Tabelle 1 nicht das arithmetische Mittel, sondern der Median verwendet, was für nicht-parametrische Tests geeigneter ist.

Niedersachsen Veränderung der Versorgung mit Grundschulen 2006–2014 nach verschiedenen Raumtypen

	Niedersachsen	Städtische Kreise	Ländliche Kreise				
			gesamt	darin Mittelstädte	darin größere Kleinstädte	darin kleinere Kleinstädte	darin Landgemeinden
Anzahl Gemeindeverbände (N)	415	127	288	46	74	98	70
Veränderung der Anzahl der Grundschulen 2006 bis 2014 [%]	-6,1	-5,9	-6,2	-5,7	-7,0	-5,2	-7,9
Mittelwert der Anzahl der Grundschulen auf Ebene der Gemeindeverbände	-5,8	-5,6	-6,2	-4,4	-6,8	-4,8	-6,2
Standardabweichung der Veränderung der Anzahl der Grundschulen auf Ebene der Gemeindeverbände	14,8	14,8	14,9	11,2	14,7	13,4	18,6
Veränderung der 6- bis unter 10-Jährigen 2006 bis 2014 [%]	-19,2	-14,5	-22,4	-18,7	-23,6	-23,2	-27,2
Grundschulen je 1000 6- bis unter 10-Jährige 2006	5,5	5,3	5,7	5,9	5,2	5,6	6,5
Grundschulen je 1000 6- bis unter 10-Jährige 2014	6,3	5,8	6,9	6,9	6,3	6,9	8,2
Veränderung der Grundschuldichte von 2006 bis 2014 [%]	16,2	10,0	20,8	16,0	21,8	23,4	26,5
Mittelwert der Veränderung der Grundschuldichte auf Ebene der Gemeindeverbände	24,9	23,6	25,5	19,6	22,7	26,3	31,2
Standardabweichung der Veränderung der Grundschuldichte auf Ebene der Gemeindeverbände	26,3	27,7	25,7	15,8	23,4	21,0	36,4

Anmerkung: Die Zahl der Grundschulen bezieht sich auf die Zahl der Einrichtungen, die diesen Schultyp anbieten, zum Beginn des Schuljahres und für die Einheits- und Samtgemeinden zum Gebietsstand vom 01.01.2014.

Quellen: LSN Online 2016, BBSR 2016, eigene Berechnung

Tab. 1: Veränderung der Versorgung mit Grundschulen in Niedersachsen nach verschiedenen Raumtypen 2006–2014

Grundschulen auf 1.000 Kinder in diesem Alter vorhanden waren. Die Stadt- und Gemeindetypen unterscheiden sich signifikant hinsichtlich der Veränderung der Grundschuldichte (Kruskal-Wallis-Test: $p < 0,01$). Der Vergleich der Landgemeinden (Median = 32,5 %) mit den anderen Typen, die größer sind und eine zentralörtliche Funktion aufweisen, zeigt allerdings nur einen signifikanten Unterschied³ zu den Mittelstädten (Median = 18,4 %) auf (Mann-Whitney-Test: $p^* < 0,01$; $r = -0,33$). Die Steigerung des Ausstattungsniveaus im Daseinsvorsorgebereich Grundschulen ist demnach in den Landgemeinden signifikant größer als in den Mittelstädten, was der

Peripherisierungsthese widerspricht. Dieser Zusammenhang ist von mittlerer Stärke.

Im Gegensatz zu den Grundschulen ist die Zahl der Kindertagesstätten in Niedersachsen von 2007 bis 2015 angestiegen (Tab. 2). Das Wachstum lag im gesamten Land bei fast 13 %. In den städtischen Kreisen ist die Zahl mit ca. 14 % etwas stärker gestiegen als in den ländlichen mit ca. 11 %. Unterschiede zwischen Gemeindeverbänden in städtischen und ländlichen Kreisen sind jedoch nicht signifikant (Mann-Whitney-Test: $p > 0,05$). Innerhalb der ländlichen Kreise liegt die Streuung zwischen den Gemeindeverbänden höher als innerhalb der städtischen, und der Anstieg der Zahl der Kindertagesstätten unterscheidet sich etwas zwischen den einzelnen Stadt- und Gemeindetypen. Dabei verzeichneten die kleineren Kleinstädte und die Mittelstädte die höchsten Zuwächse und die größeren Kleinstädte

und Landgemeinden die geringsten. Demzufolge zeigt sich kein Zentralisierungsprozess, der mit einer Konzentration in den Zentren und Rückgängen in den Landgemeinden ohne zentralörtliche Funktion verbunden sein müsste. Auch haben die Zentren nicht überproportional vom Ausbau der Betreuungseinrichtungen profitiert. Zudem sind die Unterschiede zwischen den Gemeindeverbänden der einzelnen Typen statistisch nicht signifikant (Kruskal-Wallis-Test: $p > 0,05$).

Während die Anzahl der Kindertagesstätten zwischen 2007 und 2015 gestiegen ist, sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Kinder bis unter sechs Jahren in allen Raumtypen (Tab. 2). Infolgedessen hat sich die Dichte der Kindertagesstätten, die sich aus dem Verhältnis zwischen Kitas und Kindern im entsprechenden Alter ergibt, deutlich stärker erhöht als die Anzahl der Einrichtungen. In den ländlichen Kreisen war dieser Zuwachs mit ca. 27 %

3 Da drei Mann-Whitney-Tests post hoc zum Kruskal-Wallis-Test durchgeführt wurden, erfolgt eine Bonferroni-Korrektur des Signifikanzniveaus, um die Kumulierung des Typ-I-Fehlers bei multiplen Paarvergleichen zu neutralisieren. Um das adjustierte p^* zu erhalten, wurden die p -Werte mit der Zahl der Tests (3) multipliziert.

	Niedersachsen	Städtische Kreise	Ländliche Kreise				
			gesamt	darin Mittelstädte	darin größere Kleinstädte	darin kleinere Kleinstädte	darin Landgemeinden
Anzahl Gemeindeverbände (N)	409	125	284	46	47	97	67
Veränderung der Anzahl der Kindertagesstätten 2007 bis 2015 [%]	12,8	14,3	11,4	13,2	8,3	12,8	10,3
Mittelwert der Anzahl der Kindertagesstätten auf Ebene der Gemeindeverbände	12,1	9,1	13,4	15,5	10,9	15,2	12,1
Standardabweichung der Veränderung der Anzahl der Kindertagesstätten auf Ebene der Gemeindeverbände	23,5	20,2	24,7	16,3	23,4	27,6	26,4
Veränderung der 0- bis unter 6-Jährigen 2007 bis 2015 [%]	-8,5	-3,3	-12,3	-8,7	-13,0	-14,0	-17,3
Kindertagesstätten je 1 000 0- bis unter 6-Jährige 2007	9,6	10,9	8,8	8,9	8,8	8,5	9,8
Kindertagesstätten je 1 000 0- bis unter 6-Jährige 2015	11,8	12,8	11,2	11,0	10,9	11,1	13,1
Veränderung der Kindertagesstätdichte von 2007 bis 2015 [%]	23,2	18,3	27,1	23,9	24,5	31,1	33,3
Mittelwert der Veränderung der Kindertagesstätdichte auf Ebene der Gemeindeverbände	30,4	23,7	33,3	28,3	28,6	37,0	36,8
Standardabweichung der Veränderung der Kindertagesstätdichte auf Ebene der Gemeindeverbände	30,5	24,4	32,5	18,9	32,2	32,5	38,9

Anmerkung: Die Zahl der Kindertagesstätten bezieht sich auf die Zahl der Einrichtungen, die Kinder unter 3 Jahren, von 2 bis unter 8 Jahre (ohne Schulkinder) und Kinder aller Altersstufen betreuen, zum 1. März des jeweiligen Jahres und für die Einheits- und Samtgemeinden zum Gebietsstand vom 01.01.2015.

Quellen: LSN Online 2016, BBSR 2016, eigene Berechnung

Tab. 2: Veränderung der Anzahl der Kindertagesstätten in Niedersachsen nach verschiedenen Raumtypen 2007–2015

deutlich größer als in den städtischen mit ca. 18 %. Auch wenn in den städtischen Kreisen mehr zusätzliche Kindertagesstätten entstanden sind, so lag der Rückgang der unter 6-Jährigen hier deutlich niedriger als in den ländlichen Kreisen. In der Folge hat sich die Kindertagesstätdichte zwischen den beiden Kreistypen angenähert. Auf der Ebene der Gemeindeverbände unterscheidet sich der Median der Veränderung der Kindertagesstätten je 1.000 Kinder in der relevanten Altersgruppe mit 27 % in ländlichen Kreisen signifikant, wenn auch gering, von denen in städtischen mit 19 % (Mann-Whitney-Test: $p < 0,01$; $r = -0,14$). Innerhalb der ländlichen Kreise hat sich die Kindertagesstätdichte in den kleineren Kleinstädten und Landgemeinden um etwa ein Drittel erhöht. In den größeren Klein- und in den Mittelstädten lag der Zuwachs bei weniger als einem Viertel, was nicht auf Zentralisierung hinweist. Die Gründe für den relativ starken Anstieg in den beiden kleinsten Gemeindetypen unterscheiden sich allerdings. Während in den kleineren Kleinstädten relativ viele Kindertagesstätten entstanden sind, stieg die Kindertagesstätdichte in den Landgemeinden wegen des relativ starken Rückgangs der Kinder, die weniger als sechs Jahre alt sind, um ca. 17 %. Die Stadt- und Gemeindetypen unterscheiden sich aber auf der Ebene der Gemeindeverbände nicht signifikant (Kruskal-Wallis-Test: $p > 0,05$).

Die Analyse der niedersächsischen Städte und Gemeinden hinsichtlich der Daseinsvorsorgebereiche Grundschulen und Kindertagesstätten zeigt somit, dass die strukturelle Entwicklung wesentlich komplexer ist, als das Schlagwort der Peripherisierung vermittelt. So finden ähnliche Prozesse in allen Gebietskategorien statt, und neben Angebotsausdünnung in bestimmten Bereichen gibt es auch Angebotserweiterungen. Zudem spielen sich viele Veränderungsprozesse kleinräumig ab, sodass die hier aufgrund begrenzter Datenverfügbarkeit untersuchte Ebene der Einheits- und Samtgemeinden noch immer zu großräumig ist und daher zu Nivellierungen innerhalb der Gemeindeverbände führen kann. Zudem finden diese

Prozesse über relativ lange Zeiträume statt, sodass in der hier betrachteten Zeitspanne von acht Jahren die meisten Städte und Gemeinden keine Veränderungen bei ihrer Anzahl an Einrichtungen verzeichnen. Um gemeindeinterne und langfristige Entwicklungen untersuchen zu können, werden nachfolgend Ergebnisse zweier vertiefender Fallstudien präsentiert.

Fallstudien zum Wandel der Daseinsvorsorge im Harz

Die vertiefte Untersuchung der beiden Landkreise Osterode am Harz in Niedersachsen und Harz in Sachsen-Anhalt im Allgemeinen und der beiden Kleinstädte Bad Sachsa und Harzgerode mit ihrem jeweiligen Hinterland im Besonderen weist ebenfalls auf die Komplexität bei der Entwicklung der Daseinsvorsorge hin (STEINFÜHRER et al. 2012). Demnach fanden Veränderungen oftmals bereits weit in der Vergangenheit statt, und sowohl Ausdünnung als auch strukturelle Verbesserungen lassen sich beobachten. Im Bereich der Grundschulen wurden z. B. im Westharz bereits Anfang der 1970er Jahre Schulen geschlossen und auf die Kernstädte bzw. Gemeindehauptorte konzentriert. Den Anlass dafür bot die Gemeindegebietsreform 1972. Gleichzeitig finden aber auch Angebotsverbesserungen statt. So hat die Stadt Bad Sachsa 2012 ihre Grundschule zur Ganztagschule ausgeweitet. Im Ostharz begannen die Schließungen von Grundschulen ebenfalls bereits in den 1970er Jahren, bis Anfang der 1990er Jahre fanden jedoch parallel noch Schulerweiterungen statt. Ab Mitte der 1990er Jahre erfolgten auf Grund des Schülerrückgangs nach der Wende weitere Schließungen. In der Stadt Harzgerode wurden beispielsweise bis 2004 alle Grundschulen in den Ortsteilen geschlossen. Die Grundschule in der Kernstadt wurde jedoch ab 2010 aufwendig saniert und erweitert. Zudem wird hier ein besonderes pädagogisches Konzept praktiziert, das großen Wert auf Umweltbildung legt.

Während das Beispiel der Grundschulen im Harz eher für eine Konzentration in den Kernstädten bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung spricht, stellt sich

die Entwicklung bei den Kindertagesstätten heterogener dar. In Bad Sachsa liegen drei der vier Kindergärten in der Kernstadt. Für einen der vier Ortsteile von Bad Sachsa ist ein weiterer und mittlerweile geschlossener Kindergarten bekannt. Im Jahr 2002 war eine neue Einrichtung durch eine Elterninitiative in einem anderen Ortsteil gegründet worden. Diese Einrichtung musste ihren Betrieb aber 2010 bereits wieder einstellen, weil die Kommune diese freiwillige Leistung nicht weiter finanzieren durfte. Freiwillig wurde diese Finanzierung dadurch, dass die Kommune ausreichend freie Kapazitäten besaß, um den Rechtsanspruch zu gewährleisten. Neben den Schließungen wurde das Angebot aber auch erweitert. So wurden Plätze für unter 3-Jährige geschaffen und die Öffnungszeiten ausgedehnt. Diese Angebotsverbesserungen haben dazu beigetragen, die in einem Ortsteil noch bestehende Einrichtung im Bestand zu sichern. Im Ostharz bestand aus der DDR-Zeit ein flächendeckendes ganztägiges Angebot auch für Krippenkinder. In Folge des Rückgangs der Kinderzahlen zu Beginn der 1990er Jahre musste das Angebot jedoch insbesondere in den kleinen Orten eingeschränkt werden. In der Stadt Harzgerode sind allerdings bis heute mit einer Ausnahme in allen Ortsteilen Einrichtungen vorhanden. Um die teilweise sehr kleinen Gruppen aufrechterhalten zu können, wurden auch Qualitätsverbesserungen wie die Einführung von frühkindlichem Englischunterricht oder Anpassungen der Öffnungszeiten vorgenommen. Allerdings wurden die Gebühren für die Kinderbetreuung nach der Gemeindegebietsreform 2010 erhöht. Eine Angebotsausdünnung erfolgte allenfalls in der Kernstadt. Hier wurden die zwei Einrichtungen zu einer großen zusammengelegt und für Kinder mit besonderem Förderbedarf geöffnet.

Die Fallstudie zeigt, dass sich der Wandel der Daseinsvorsorge nicht nur ausgesprochen komplex, sondern auch langfristig vollzieht. In Tabelle 3 ist ein solch langfristiger Wandel für das Dorf Tettenborn, einem Ortsteil der Stadt Bad Sachsa, beispielhaft dargestellt. Daran

et al. 2009; BORN 2009; REICHERT-SCHICK 2008; BAADE et al. 2007) sind fallstudienbasiert und nehmen nicht selten Extremfälle der Ausdünnung in den Blick. Wenn es nicht um sehr dünn besiedelte Räume beispielsweise in der Uckermark oder in Mecklenburg geht, wie etwa bei einer Studie in 22 sächsischen Dörfern 2006/2007, sind die Befunde nicht so eindeutig, wie die wissenschaftliche Diskussion erwarten ließe. So konstatieren Freitag, Rößler und Kunz im Ergebnis ihrer Studie, „dass die Bewertung der dörflichen Lebensverhältnisse nicht vorrangig von der Infrastrukturausstattung abhängt. Im Gegenteil: Andere Faktoren spielen bei der Bewertung der Lebensverhältnisse eine deutlichere Rolle. Zu diesen Faktoren zählt beispielsweise die Bewertung des Zusammenhalts im Dorf oder des Wohnumfelds“ (FREITAG et al. 2009, S. 8 f.). Auch die Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“ (mit der vierten und jüngsten Erhebungswelle 2012–2014) erbrachte differenzierte Befunde bezogen auf die dörfliche Daseinsvorsorgeausstattung und deren Nutzung. Auf der Grundlage von 66 qualitativen Interviews in fünf sehr unterschiedlichen Dörfern kamen HELMLE und KUCZERA (2015) zu dem (an sich wenig überraschenden) Ergebnis, dass beispielsweise das Vorhandensein und die Nutzung eines Dorfladens nicht in eins fallen müssen, sondern dass es sich um eine Angebotsoption handelt, die je nach individuellen Bedürfnissen, Einstellungen und Mobilitätsgewohnheiten angenommen oder eben auch nicht in Anspruch genommen wird (ebd., bes. S. 75).

Für die Peripherisierungsdebatte muss die Aussage einer mangelnden empirischen Basis weiter zugespitzt werden: Ihr (empirisches) Maß der Dinge sind neben den Daten der amtlichen Statistik in erster Linie Experteninterviews mit lokalen und regionalen Entscheidungsträgern (vgl. z. B. die Hinweise auf das Methodendesign bei BERNT et al. 2010a, S. 34 f. sowie NAUMANN u. REICHERT-SCHICK 2012). Vereinzelt werden engagierte Bürger als weitere Quellen angeführt (z. B. BERNT et al. 2010b, BEISSWENGER u. WECK 2010).

Einige wenige Fallstudien mit Befragungsdaten – und durchaus differenzierten Ergebnissen für die Bewertung der einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge durch die Bevölkerung – ergänzen das Bild (NEU 2009, S. 84–88 auf Basis von BAADE et al. 2007).

Eine der wenigen standardisierten und deutschlandweiten Datenquellen zu Fragen der Daseinsvorsorge ist die 2010er Welle der Befragung „Lebensräume“ (vgl. auch BBSR 2011). Diese war Teil der zwischen 1985 und 2012 jährlich durchgeführten gleichnamigen Befragung des (heutigen) Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, mit der ein einzigartiger Längsschnittdatensatz über die Lebenssituation in den unterschiedlichen Siedlungstypen der Bundesrepublik zur Verfügung steht (vgl. auch GESIS 2016). Die Daten aller Erhebungen (seit 2013 findet die Befragung bedauerlicherweise nicht mehr statt) werden für Sekundäranalysen über das GESIS-Datenarchiv nutzbar gemacht. Die Befragung 2010 (mit 3.387 Befragten) hatte einen inhaltlichen Schwerpunkt auf Fragen der Bewertung der wohnortnahen Daseinsvorsorge und auf Wohnumfeldfaktoren. Diese lassen sich unter anderem differenziert nach den fünf BBSR-Stadt- und Gemeindetypen (Groß-, Mittel-, größere und kleine Kleinstadt sowie Landgemeinde) auswerten.

Diese Daten sollen im Folgenden beispielhaft und über unterschiedliche Siedlungstypen hinweg für Fragen wahrgenommener Veränderungen der wohnortnahen Daseinsvorsorge sowie ihre Bewertung ausgewertet werden. Wie bei jeder Sekundäranalyse setzen die Daten Grenzen. Da die Befragung „Lebensräume“ repräsentativ für alle Siedlungstypen in Deutschland sein soll und nicht vor dem konzeptionellen Hintergrund der Peripherisierungsdebatte entstanden ist, ist sie nicht per se auf diese Fragen hin auswertbar. Die Befragten in den Siedlungstypen Landgemeinde (n=184) und kleine Kleinstadt (n=489) werden im Folgenden als Bevölkerung ländlicher Räume verstanden. Ihre Lage im Raum (peripher oder nicht) lässt sich mit einer ebenfalls

gestellten Frage nach der Entfernung ins Zentrum der nächsten größeren Stadt operationalisieren: 156 der 617 Befragten aus kleinen Kleinstädten und Landgemeinden (oder 25 %; bei 56 fehlenden Werten) gaben hierbei eine Entfernung von 25 km oder mehr an. Allerdings ist die Teilstichprobe damit sehr klein, was die Qualität der Ergebnisse beeinträchtigen dürfte. Deswegen werden diese 156 Befragten in peripheren ländlichen Räumen im Folgenden zwar mit ausgewiesen, die Sekundäranalyse aber nicht auf sie beschränkt.

Zunächst ein deskriptives Ergebnis: Alle Befragten waren nach dem Vorhandensein bestimmter Daseinsvorsorgeeinrichtungen in fußläufiger Entfernung gefragt worden (Tabelle 4). Die Ergebnisse entsprechen auf den ersten Blick den Erwartungen mit den meist höchsten Werten in den Großstädten und den niedrigsten in den Landgemeinden. Ein genauere Blick offenbart aber, dass die vermeintliche Linearität nach Siedlungstypen (Spalten 2–5 der Tabelle 4) insbesondere durch die wahrgenommene Ausstattung in den kleinen Kleinstädten (mit 5.000 bis unter 10.000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion) aufgebrochen wird: Unter anderem in den Bereichen Nahversorgung, Kinderbetreuung sowie kulturelle und Sporteinrichtungen wird ihnen von mehr Befragten eine entsprechende Ausstattung zugesprochen, als dies in den größeren Kleinstädten (mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern) der Fall ist. Befragte in peripheren Landgemeinden und kleinen Kleinstädten (also in Siedlungen, die nach Aussagen der Befragten 25 km oder mehr vom Zentrum der nächsten größeren Stadt entfernt sind; Spalte 6 in Tab. 4) gaben sogar in fast allen Dimensionen zu einem höheren Anteil an, dass bestimmte Einrichtungen in ihrer Wohngegend vorhanden seien, als alle Befragten in ländlichen Räumen. Außerdem wurden die Ausprägungen für Ost- und Westdeutschland getrennt untersucht und auf Unterschiede verglichen: Alle in Tabelle 4 mit Signifikanzwerten hervorgehobenen Unterschiede in der Ausstattung der Landgemeinden zeigen

in eine Richtung, nämlich einen höheren Wert für Ost- als für Westdeutschland. Ausgehend von der Forschungsliteratur, die Ausdünnungsprozesse der Daseinsvorsorge vorwiegend in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer untersucht, ist dies ein überraschendes Ergebnis. In die gleiche Richtung weisen auch die Ergebnisse für den Typus Mittelstadt, wohingegen die Unterschiede bei den Großstädten sowie den zwei Kleinstadtypen ein West-Ost-Gefälle – also mehr

Zustimmung in den alten als in den neuen Bundesländern – signalisieren.

Als zentraler Indikator für Peripherisierung – also einer als Prozess erfahrenen Verschlechterung – kann die der eben dargestellten im Fragebogen nachfolgende Frage verwendet werden (vgl. Abb. 1). Sie lautete, ob sich das Angebot „in den eben genannten Bereichen in Ihrem Wohngebiet in den letzten Jahren“ auf einer Skala von 7 bis 1 „insgesamt verbessert oder verschlechtert“ habe. Nun lässt sich zwar

methodenkritisch anmerken, dass „in den letzten Jahren“ eine wenig präzise Formulierung ist (was durchaus gewollt sein kann), und auch die Bezugsgröße „Wohngebiet“ kann man für ländliche Räume in Frage stellen, dennoch dürfte der Indikator in seiner Ausrichtung allen Befragten verständlich gewesen sein.

Deutlich wird zunächst, dass die Unterschiede zwischen den Siedlungstypen relativ gering sind – im Mittel gibt es überall einen Antworttrend zugunsten

Vorhandensein von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in der Wohngegend nach Siedlungstypen

	Großstadt n=1 112 [%]	Mittelstadt n=1 066 [%]	Größere Kleinstadt n=536 [%]	Kleine Kleinstadt n=489 [%]	Landgemeinde n=184 [%]	Periphere Räume ¹⁾ n=156 [%]
Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel	99 ³⁾	95	93	91 ²⁾	90	97
Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf	91	76 ²⁾	70	78	71	81
Ärzte, Therapieeinrichtungen	84	70 ²⁾	67	67	57 ³⁾	65 ²⁾
Kindertagesstätte, Kindergarten	76	74	67 ²⁾	74	62 ²⁾	69
Kinderspielplatz	83 ²⁾	82	80 ²⁾	80 ²⁾	75	81 ³⁾
Grundschule	73	65	58	62	45	55
Ganztagsschule, z.B. OGS	39	31 ³⁾	24	23	12 ²⁾	18
Einrichtung für Jugendliche	42	38	39	40 ³⁾	33 ³⁾	39
Einrichtung/Tagesstätte für Ältere	53	45 ³⁾	41	41 ³⁾	36 ³⁾	32
Gaststätte/Kneipe	90 ³⁾	80	78	84	71 ³⁾	83
Kulturelle Einrichtung/Veranstaltungen	47	41	40	54 ³⁾	36	46
Schwimmbad und Sportanlagen	45	43	41	49	40	50
Bürgertreff, Stadtteilbüro	45	33 ²⁾	38	47 ²⁾	34 ³⁾	40

Anmerkung: Die genaue Frageformulierung lautete: „Gibt es in Ihrer Wohngegend folgende Einrichtungen, die Sie innerhalb von etwa 10 Minuten zu Fuß erreichen können (Mehrfachnennungen möglich)?“ Von den drei Antwortmöglichkeiten „ja“, „nein“ und „weiß nicht“ ist hier die erstgenannte dargestellt. Die Kategorie „Park, Grünanlage, Wald, Feld, Wiese“ (zu 86–94 % in allen Siedlungstypen vorhanden) wird aufgrund ihres über Daseinsvorsorge hinausgehenden Inhalts hier nicht dargestellt.

1) Jene 105 Befragte in kleinen Kleinstädten und 51 von Landgemeinden, die als Entfernung in das Zentrum der nächsten größeren Stadt 25 km oder mehr angaben.

Von den anderen vier Kategorien ist diese also nicht trennscharf (bei den 156 Befragten dieses Typs handelt es sich um 126 in West- und 30 in Ostdeutschland).

2) hochsignifikanter West-Ost-Unterschied (Chi-Quadrat-Test der Antwortmöglichkeiten ja/nein, $p < 0,01$)

3) höchstsignifikanter West-Ost-Unterschied (Chi-Quadrat-Test der Antwortmöglichkeiten ja/nein, $p < 0,001$)

Quellen: BBSR-Befragung „LebensRäume“ von 2010, eigene Berechnung

Tab. 4: Vorhandensein von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in der Wohngegend, nach Siedlungstypen

der mittleren Kategorie mit Tendenz zu einer wahrgenommenen Verbesserung. Über alle Typen hinweg und im West-Ost-Vergleich am positivsten bewertet werden die Landgemeinden in Ostdeutschland (arithmetisches Mittel: 4,85, Standardabweichung: 1,13). Ähnlich gut schneiden hier die kleinen Kleinstädte und die Großstädte ab. Der Kruskal-Wallis-Test (gewählt aufgrund fehlender Normalverteilung der abhängigen Variable) ermittelt (knapp) keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Stadt- und Gemeindetypen ($p = 0,059$), ein dichotomer Vergleich der beiden Extremfälle größere Kleinstadt und Landgemeinde hingegen schon (Mann-Whitney-Test: $p < 0,05$). Für Westdeutschland ergibt sich eine andere Rangfolge: Hier kontrastieren die kleinen Kleinstädte mit der im Mittel besten Ausstattung (4,76; Standardabweichung: 1,17) am stärksten mit den Großstädten (4,50; Standardabweichung: 1,10) und den Landgemeinden (4,56; Standardabweichung: 1,09). Laut Kruskal-Wallis-Test existieren höchstsignifikante Unterschiede zwischen den Stadt- und Gemeindetypen ($p < 0,001$). Testet man die kleinen Kleinstädte als am besten bewerteten Siedlungstyp gegen alle anderen sowie zusätzlich die Landgemeinden gegen die Großstädte (man führt also fünf dichotome Vergleiche durch), ergibt sich nach konservativer Bonferroni-Korrektur (p -Wert multipliziert mit der Zahl der Tests, vgl. oben Fußnote 3) ein signifikanter Unterschied zwischen den kleinen Kleinstädten und den Mittelstädten (Mann-Whitney-Test: $p^* < 0,05$). Ohne die Ost-West-Unterscheidung ergibt sich der gleiche Befund für die Bundesebene ($p^* < 0,01$). Die in Tabelle 4 hervorgehobenen peripheren Räume reihen sich mit 4,69 (Standardabweichung: 1,17) zwischen den Mittelwert für Ostdeutschland (4,72; Standardabweichung: 1,23) und Westdeutschland (4,61; Standardabweichung: 1,07) ein (keine signifikanten Unterschiede).

Im Kontext der Debatte einer versorgungsseitigen Peripherisierung bestimmter Siedlungstypen sind die Ergebnisse nicht einfach zu interpretieren, teilweise laufen sie der Peripherisierungsthese

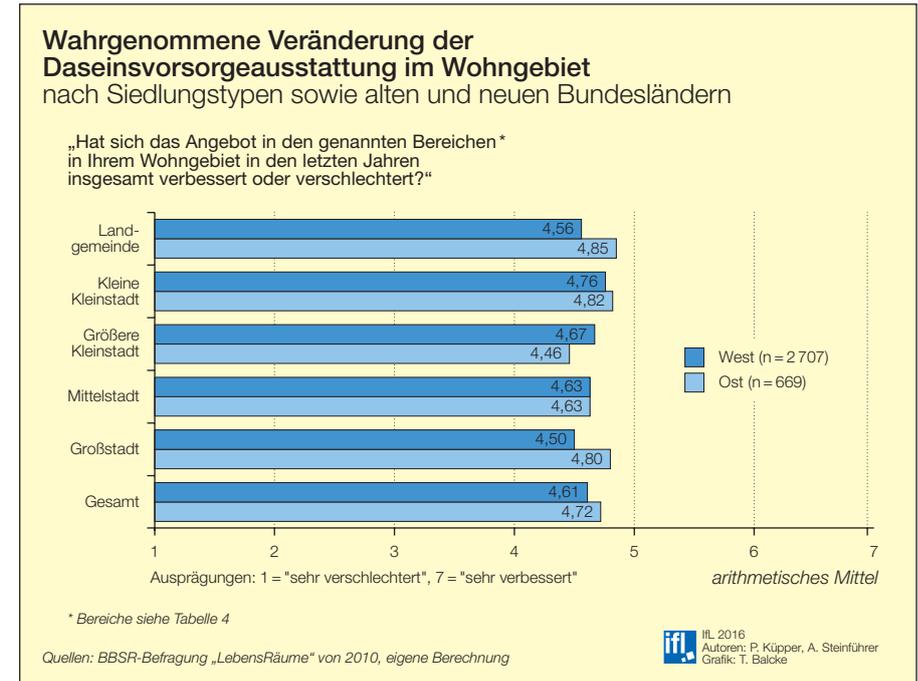


Abb. 1: Wahrgenommene Veränderung der Daseinsvorsorgeausstattung im Wohngebiet, nach Siedlungstypen sowie alten und neuen Bundesländern

sogar zuwider. Sicherlich würden sich die Ergebnisse für einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge anders darstellen, wären sie für sich abgefragt worden – in der ganzheitlichen Perspektive des hier verwendeten Items aber gibt es keine Bestätigung der These einer besonderen Verschlechterung der lokalen Daseinsvorsorge ländlicher bzw. ländlich-peripherer Räume aus Sicht der Bevölkerung. Weitere Ergebnisse aus der „Lebensräume“-Befragung von 2010 weisen in eine ähnliche Richtung: So wird z. B. der Handlungsbedarf beim Versorgungsangebot vor Ort in den Landgemeinden und kleinen Kleinstädten für 16 abgefragte Kategorien fast durchgängig als „gering“ (Ausprägung 2 auf einer 4er-Skala von „gar kein“ bis „starker“ Handlungsbedarf) beurteilt. Nur die Werte für das Angebot an Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowie an Ausbildungsplätzen wird als „deutlicher“ Handlungsbedarf (Ausprägung 3) bezeichnet – also für zwei Kategorien, die von der Frage der Daseinsvorsorge wegführen. Für die Kategorie „Schneller Internetanschluss“ ist einschränkend darauf zu verweisen, dass nahezu jede/r fünfte Befragte (19 %) hier die Antwort „kann ich nicht beurteilen“

wählte (der mit Abstand höchste Wert unter allen Items). Dafür spielen unter anderem Generationenunterschiede in der Relevanz dieser Infrastruktur eine wichtige Rolle – so sah mehr als die Hälfte der 18- bis unter 30-Jährigen „deutlichen“ oder „starken“ Handlungsbedarf. Deshalb ist das Ergebnis eines über alle Altersgruppen hinweg wahrgenommenen geringen Handlungsbedarfs in diesem Daseinsvorsorgefeld nicht belastbar. Schließlich wurde für die Angebots- und Versorgungssituation „hier vor Ort“ nach der Gesamtzufriedenheit gefragt, die über alle Stadt- und Gemeindetypen und auch separat nur für die peripheren Räume (im oben definierten Verständnis) im Mittel den Wert 5 auf einer Skala von 1 („sehr unzufrieden“) bis 7 („sehr zufrieden“) erbrachte (keine signifikanten Unterschiede, Kruskal-Wallis-Test, $p > 0,05$).

Kritisch ließe sich unter Verweis auf das obige Zitat von ZAPF (1984, S. 25) einwenden, dass die Sozialforschung schon lange das sogenannte „Zufriedenheitsparadox“ kennt, dass Menschen ihre Ansprüche aufgrund verschlechterter Angebote nach unten anpassen und es bezugsgruppenspezifische und keine absoluten Maßstäbe gibt (IPSEN 1978). Doch

ist das Methodendesign der hier verwendeten Befragung – aus der nur wenige Indikatoren vorgestellt werden konnten – recht robust und langjährig erprobt und wendete eben gerade nicht vorrangig Zufriedenheitsindikatoren, sondern andere Operationalisierungen für die Bewertung der lokalen Daseinsvorsorge an. Und auch diese erbrachten, wie dargestellt, kaum schlechte Beurteilungen sowie, überraschender, nur wenige Unterschiede zwischen den Siedlungstypen. Deshalb soll in der nachfolgenden Ergebnisdiskussion auch die Frage beantwortet werden, wie diese Befunde zu interpretieren sind.

Strukturelle Bedingungen und subjektive Wahrnehmungen: die empirischen Ergebnisse in der Gesamtschau

Das empirische Bild – einerseits auf der Basis von Daten der amtlichen Statistik am Beispiel des Flächenlandes Niedersachsen mit sehr unterschiedlichen ländlichen Räumen und lokalen Fallstudien, andererseits unter Nutzung von Befragungsdaten des BBSR, die nach Stadt- und Gemeindetypen ausgewertet wurden und partiell einen subjektiven Peripherien-Indikator nutzten – stellt sich in Bezug auf die hier untersuchte Frage der Peripherisierung durch Abbau von Daseinsvorsorge als sehr differenziert dar. Im Ergebnis fanden sich in ländlichen Räumen sowohl Ausdünnungs- und Konzentrationsprozesse als auch ein Ausbau von Daseinsvorsorgeeinrichtungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Wahrgenommene Verschlechterungen beschränken sich nicht auf ländliche oder peripher-ländliche Räume, vielmehr gaben die Befragungsdaten Hinweise auf wahrgenommene Verbesserungen und Verschlechterungen in der wohnortnahen Daseinsvorsorgeausstattung über alle Siedlungs- und Raumtypen hinweg.

Die Auswertung von Daten der amtlichen Statistik zu ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge zeigt zunächst, dass die Beantwortung der Forschungsfragen davon abhängig ist, welche Indikatoren auf welcher räumlichen Ebene zu welchen Daseinsvorsorgebereichen betrachtet

werden. So sinkt beispielsweise die Zahl der Grundschulen in den Landgemeinden ländlicher Kreise, während die der Kindertagesstätten steigt. Wenn aber nicht die Veränderung der Anzahl der Einrichtungen betrachtet, sondern diese ins Verhältnis zur relevanten Bevölkerungsgruppe gesetzt wird, kann sich das Bild wiederum umkehren, wenn die Bevölkerung schneller schrumpft als die Daseinsvorsorge. In Niedersachsen trifft dieses Phänomen auf die Grundschulen zu. Dies hängt mit der Bildungspolitik und Schulentwicklungsplanung zusammen, die eine parallele Anpassung der Schulstandorte an den Schülerrückgang bisher möglichst vermieden hat. Ähnliches ließ sich auch in der Kinderbetreuung im Ostharz beobachten, wo die Kindertagesstätte teilweise als letzte noch vertretene öffentliche Einrichtung vor Ort unbedingt erhalten bleiben sollte. Demzufolge reicht eine bloße Betrachtung der demographischen Entwicklung nicht aus, um auf eine Ausdünnung der Daseinsvorsorge zu schließen, weil diese immer auch Ausdruck strategischer Entscheidungen der Akteure vor Ort ist (vgl. KÜPPER 2011, S. 52–55).

Nicht nur die in der amtlichen Statistik verfügbaren Indikatoren und damit die entsprechend analysierbaren Daseinsvorsorgebereiche sind stark begrenzt, sondern auch, auf welchen räumlichen Ebenen diese Daten verfügbar sind. Die Betrachtung der Einheits- und Samtgemeinden kann Unterschiede innerhalb dieser Gebietseinheiten nivellieren. Demzufolge bleibt offen, ob sich die Angebotsrückgänge in Klein- und Mittelstädten in den jeweiligen Kernstädten bzw. Hauptorten vollziehen, wo nur geringe Auswirkungen auf die fußläufige Erreichbarkeit zu vermuten sind, oder ob sie in den Ortsteilen stattfinden. In Niedersachsen hat sich dieses Problem in den vergangenen Jahren durch Gemeindefusionen infolge entsprechender Anreize durch Land und Kommunen zur Haushaltskonsolidierung verstärkt. Die räumliche Analyseebene kann aber nicht nur zu großräumig sein, sondern auch eine kleinräumige Betrachtung kann zu Problemen führen, weil Nachbarschaftseffekte eine wichtigere

Rolle spielen. Da Einzugsbereiche von immer mehr Einrichtungen die Grenzen der kleinen Gebietseinheiten überschreiten, wären eigentlich rasterbasierte Erreichbarkeitsanalysen über das Straßennetz notwendig, wie im Rahmen verschiedener Modellvorhaben der Raumentwicklung erprobt (SCHWARZER u. SPIEKERMANN 2014). Diese werden aber auf Grund des damit verbundenen Aufwands in der Regel nur für einzelne Zeitpunkte durchgeführt, so dass sich damit ein Peripherisierungstrend nicht beobachten lässt. Zudem fehlen oftmals verlässliche geocodierte Angaben oder Adressdaten zu den relevanten Daseinsvorsorgeeinrichtungen (vgl. dazu NEUMEIER 2014, bes. S. 9–16). Schließlich bleibt fraglich, ob tatsächlich immer die vom Wohnstandort räumlich nächste Einrichtung für die Nutzer relevant ist oder ob Kopplungsmöglichkeiten und Qualitätsunterschiede wichtigere Entscheidungskriterien für die tatsächliche Nutzung eines Angebotes darstellen. Diese Qualitäten lassen sich jedoch kaum mit Sekundärdaten untersuchen und müssten genauso wie die Bedeutung der Qualität aus Nutzerperspektive erhoben werden, was für eine Verknüpfung der strukturellen mit der subjektiven Dimension spricht.

Aus letztgenannter Perspektive stellt sich auf Grundlage der hier dargestellten Ergebnisse die Frage, warum die Befragten in ländlichen Räumen mit einer geringeren Daseinsvorsorgeausstattung kaum Handlungsbedarf sehen bzw. so wenig „unzufrieden“ sind. Ein weiter zu verfolgendes Argument könnten die Beurteilungsmaßstäbe der Akteure sein, über die empirisch wenig bekannt ist. In der oben erwähnten Fallstudie in den zwei Harz-Landkreisen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt waren es nicht städtische Agglomerationen, sondern die immer noch (vermeintlich) bessere Ausstattung oder Performanz der eigenen Gemeinde oder Region im Vergleich zu Nachbarorten bzw. strukturell ähnlichen Räumen, die als Vergleichsmaßstab herangezogen wurden. Als Verlust galten die Schließungen und Konzentrationen aber vor dem Hintergrund der lokalen Geschichte sowie

der eigenen Mobilitätseinschränkungen, die mit früheren Lebensphasen kontrastiert wurden. Dies galt insbesondere in der Fallstudie im Ostharz, während Ausdünnungsprozesse im Westharz meist Jahrzehnte zurückliegen, weshalb hier von Gewöhnungseffekten auszugehen ist (STEINFÜHRER u. KÜPPER 2013).

Jenseits von mentaler Anpassung und Resignation (ein Forschungsdesiderat in der sozialwissenschaftlichen Raumforschung, in der es kaum psychologische Studien gibt) ist außerdem nach Bewältigungs- und Kompensationsstrategien zu fragen, anders gesagt nach dem Handeln der Betroffenen. Auch dieses Thema wurde bislang vor allem auf Fallstudienbasis untersucht (z. B. BORN 2009; STEINFÜHRER et al. 2012; HELMLE u. KUCZERA 2015). BORN (2009, S. 143–146) unterschied im Ergebnis seiner Studie in der Prignitz und im Wendland sechs Handlungsstrategien: den Eigenanbau von Lebensmitteln und Nutztierzucht als Subsistenz- bzw. Angebotsergänzungsstrategie, die Sicherung der eigenen Mobilität, die Nutzung mobiler Angebote, die Nutzung von Lieferservices einschließlich des Internethandels (bei BORN als „ubiquitäre Angebote“ bezeichnet), die Nachbarschaftshilfe sowie die Exit-Strategie Wegzug aus der Region. Born verweist zugleich auf einen gewissen Bias von Untersuchungen in peripheren bzw. peripherisierten Regionen: „Insgesamt lassen sich diese Ergebnisse dahingehend interpretieren, dass die wirklich unzufriedenen Menschen die Regionen bereits verlassen haben“ (ebd., 146). Ein Beleg für diese These kann aufgrund der Untersuchungsanlage in dieser Studie – und in den meisten anderen – allerdings nicht erbracht werden. In der vergleichenden Untersuchung im West- und Ostharz lag der Schwerpunkt auf der Alltagsbewältigung von Senioren. Konzeptionell war von HIRSCHMANS Exit-Voice-Typologie ausgegangen worden (HIRSCHMAN 1974). Wegzug aufgrund von empfundenen Versorgungsdefiziten (*exit 1*) war für die im Rahmen von Gruppendiskussionen befragte Bevölkerungsgruppe kurzfristig kein Thema. Räumliche Mobilität (*exit 2*)

wurde als für Bewohner ländlicher Räume selbstverständliche – bei Mobilitätseinschränkungen im Alter aber unter Druck geratende – Bewältigungsstrategie zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen herausgearbeitet. Kollektive Gegenstrategien (im Sinne von *voice*) fanden sich bei den für die Befragten hauptsächlich relevanten Daseinsvorsorgefeldern (v. a. medizinische und Nahversorgung) nicht (wohl aber in der Schulversorgung und bezogen auf die Internetanbindung; STEINFÜHRER et al. 2012, S. 67 f., 89, 143). Auch individuelle Strategien jenseits von Mobilität stellten die Ausnahme dar: Anpassung und Einschränkung von Bedürfnissen (*loyalty*) waren ebenfalls Teil langfristiger Bewältigung.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass hinter dem geringen wahrgenommenen Handlungsbedarf trotz fehlender lokaler Angebote Gewöhnungseffekte und mentale Anpassungsprozesse stehen können, die auch mit der Langfristigkeit bestimmter Ausdünnungsprozesse zusammenhängen. Auch die Abwanderung der besonders Unzufriedenen ist als weiterer Grund zu vermuten. Hinzu kommen Bewältigungs- und Kompensationsstrategien in Form z. B. komplexer Mobilitätsarrangements und die Unterstützung durch soziale Netzwerke sowie professionelle Dienste. Eine alternative Hypothese zur Erklärung der positiven Bewertungen der Ausstattung bei tatsächlichen Angebotsunterschieden liegt darin, dass die Betroffenen mit der Ausdünnung von Angeboten nicht zwingend eine Verschlechterung der Versorgungsqualität verbinden. So kann mit Angebotskonzentration eine Qualitätsverbesserung einhergehen (z. B. längere Betreuungszeiten einer größeren Kindertagesstätte), geschlossene Einrichtungen können zuvor kaum genutzt worden sein (z. B. Bevorzugung der Angebotsvielfalt und der niedrigen Preise in Supermärkten und Discountern gegenüber dem Dorfladen vor Ort), oder die hohe Automobilität führt kaum zu Beeinträchtigungen im Falle einer Schließung, weil in ländlichen Räumen in der gleichen Zeit größere Distanzen als in Großstädten mit dem Auto zurückgelegt

werden können und auf Grund der Regionalisierung der Lebenswelten ohnehin häufig der Wohnort verlassen wird, was Koppelmöglichkeiten eröffnet (z. B. Erledigungen auf dem Weg zur oder von der Arbeit).

Ein Schwerpunkt künftiger Forschungen, auch in Form standardisierter und über Fallstudien hinausgehender Befragungen, sollte deshalb auf sozialgruppenspezifischen Ressourcen und Restriktionen liegen. Damit könnte das bislang wenig differenzierte Bild der handelnden Akteure in vermeintlich oder tatsächlich peripherisierten Räumen besser unteretzt werden.

Fazit und offene Forschungsfragen

Die Peripherisierungsdebatte gibt der geographischen und soziologischen Regionalforschung seit Mitte der 2000er Jahre wichtige Anstöße für eine Neubetrachtung und -analyse regionaler Disparitäten in Deutschland. Zusammenfassend lassen sich in der Anwendung des Konzepts folgende Defizite benennen:

- Die Debatte weist eine starke Stadt-Land-Dichotomie auf, die einem stereotypen Bild ländlicher Räume Vorschub leistet. Die eigentlichen Kontrastfälle sind die großstädtischen Agglomerationen im Vergleich zu dünn besiedelten, peripheren ländlichen Räumen – das waren sie aber bereits vor dem Peripherisierungsdiskurs. Insofern ist die Frage zu beantworten, was genau die veränderten Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Siedlungstypen und -strukturen bewirken.
- Die Peripherisierungs-Argumentation erfolgt in der Regel auf nationalstaatlicher oder gar internationaler Ebene, wahlweise hergeleitet aus dem oder in Verweis auf das normative Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen oder territorialer Kohäsion – doch fehlen regionale Differenzierungen und kleinteilige Anwendungen, denn auch auf regionaler Ebene gibt es Interdependenzen von Peripherisierung und Zentralisierung. Dabei sollte zum einen die Vielfalt der Veränderung

ländlicher Daseinsvorsorge und hier insbesondere die Gleichzeitigkeit von Ausdünnung und Ausbau eine stärkere Aufmerksamkeit erfahren. Zum anderen sind mehr Arbeiten über peripherisierte Stadtquartiere (in Anschluss an etablierte stadtsoziologische und -geographische Zugänge) und vergleichende Arbeiten über unterschiedliche Raumtypen hinweg erforderlich.

- Die Peripherisierungsdebatte braucht eine bessere empirische Untersetzung. Zugespielt lässt sich von einem Expertenbias sprechen, denn Akteursperspektiven jenseits der Entscheider werden nur unzureichend eingebunden. So wichtig wie die Betonung von ökonomischen und Machtindikatoren für eine Hypothesenbildung ist – in der empirischen Überprüfung sollte die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung ebenfalls eine Rolle spielen.
- Damit zusammenhängend sind fehlende Einrichtungen oder die Nichtnutzung vorhandener Einrichtungen von der Frage gesellschaftlicher Teilhabe zu trennen. Vielmehr sind auch Fähigkeiten, Ressourcen und Bewältigungsstrategien, mit Defiziten umzugehen, diese durch Eigenleistungen abzubauen oder auf Online-Angebote auszuweichen, zu berücksichtigen. Hier besteht Forschungsbedarf, um sozialräumliche Exklusionsprozesse ebenso wie Anpassungsmaßnahmen und Bewältigungsressourcen genauer beschreiben und erklären zu können.

Für weiterführende Forschungen bedeutet dies, dass vertiefende Studien einzelner Daseinsvorsorgebereiche, Erwartungshaltungen und Bewältigungsstrategien, aber auch mentale Anpassungsprozesse raumtypenvergleichend und disziplinenübergreifend notwendig sind, um das Konzept der Peripherisierung konzeptionell und empirisch besser zu untersetzen.

Literatur

- ALPHEIS, H. (1987): Kontextanalyse. Die Wirkung des sozialen Umfeldes, untersucht am Beispiel der Eingliederung von Ausländern. Wiesbaden.
- BAADE, K. et al. (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Studie der Universität Rostock, mit Unterstützung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern. Rostock.
- BARLÖSIUS E. u. M. SPOHR (2014): Rückzug „vom Lande“. Die sozial-räumliche Neuordnung durch Infrastrukturen. In: Berger P. A., C. Keller, A. Klärner u. R. Neef (Hrsg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden, S. 233–251.
- BBSR = BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2011): Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage. BBSR-Berichte Kompakt 5/2011. Bonn.
- BBSR = BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- BBSR = BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2016): Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen. Online: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html (aufgerufen: 8.3.2016).
- BECKER, H. (2000): Ostdeutsche Dörfer im Aufbruch. Fallstudien zur ländlichen Entwicklung. Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. 314. Bonn.
- BEETZ, S., S. HUNING u. T. PLIENINGER (2008): Landscapes of Peripherization in North-Eastern Germany's Countryside: New Challenges for Planning Theory and Practice. *International Planning Studies* 13, H. 4, S. 295–310.
- BEISSWENGER, S. u. S. WECK (2010): Pirmasens. Fallstudie im Rahmen des Projektes „Stadtkarrieren in peripherisierten Räumen“ – einem gemeinsamen Forschungsprojekt von IRS (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung), Erkner bei Berlin, und ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung), Dortmund. Dortmund. Online: http://www.ils-forschung.de/download/Pirmasens-Bericht_Endfassung_012011.pdf (aufgerufen: 29.2.2016).
- BENTHAM, J. (1789): *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*. London.
- BERNT, M., T. BÜRK, M. KÜHN, H. LIEBMANN u. H. SOMMER (2010) [= BERNT et al. 2010a]: Stadtkarrieren in peripherisierten Räumen. Problemstellung, theoretische Bezüge und Forschungsansatz. Working Paper 42. Erkner. Online: www.irs-net.de/download/wp_stadtkarrieren.pdf (aufgerufen: 29.2.2016).
- BERNT, M., H. LIEBMANN u. S. BECKER (2010) [=BERNT et al. 2010b]: Lutherstadt Eisleben. Fallstudie im Rahmen des Projekts „Stadtkarrieren in peripherisierten Räumen“. Erkner. Online: https://leibniz-irs.de/fileadmin/user_upload/IRS_Working_Paper/wp_stadtkarrieren.pdf (aufgerufen: 7.8.2017).
- BLASIUS, J., J. FRIEDRICHS u. J. KLÖCKNER (2008): Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil. Wiesbaden.
- BORN, K. M. (2009): Anpassungsstrategien an schrumpfende Versorgungsstrukturen – Beispiele aus Brandenburg und Niedersachsen. In: Neu, C. (Hrsg.): *Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. VS Research. Wiesbaden, S. 133–153.
- BÜRKNER, H.-J. (2005): Polarisierung und Peripherisierung. In: Oswalt, P. (Hrsg.): *Schrumpfende Städte*. Band 1: Internationale Untersuchung. Ostfildern-Ruit, S. 546–551.
- DANGSCHAT, J. S. (1997): Sag' mir, wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: PROKLA 27, S. 619–647.
- DANIELZYK, R. (2014): Gleichwertigkeit unter Schrumpfungsbedingungen. Herausforderungen für die Raumordnung. In: *Nachrichten der ARL* 44, H. 2, S. 16–19.

- EINIG, K. u. A. JONAS (2009): Ungleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. In: Europa Regional 17, H. 3, S. 59–75.
- FÖRSTE, D. (2013): Innere Peripherien in großstädtischen Kontexten – das Beispiel Berlin. In: Bernt, M. u. H. Liebmann (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, S. 193–215.
- FREITAG, T., C. RÖSSLER u. A. KUNZ (2009): Daseinsvorsorge aus Bürgersicht. Bewertung der Lebensverhältnisse und der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der infrastrukturellen Ausstattung sächsischer Dörfer. Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie 31. Dresden. Online: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/15071/documents/18093> (aufgerufen: 1.3.2016).
- FUCHS, T. (1996): Macht Euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raumes. Stadt, Raum und Gesellschaft 4. Pfaffenweiler.
- FUNK, A. (1977): Abschied von der Provinz? Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik. Offenbach.
- GESIS = LEIBNIZ-INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN (2016): Lebensräume. Online: <https://www.gesis.org/angebot/daten-analysieren/umfragedaten/ausgewahlte-nationale-daten/lebensraeume/> (aufgerufen: 7.8.2017).
- HEIMAT- UND GESCHICHTSGRUPPE TETTENBORN u. KIRCHENGEMEINDE TETTENBORN (2009): Chronik des Dorfes Tettenborn: Stammsitz der Freiherren von Tettenborn. Berlin.
- HELMLE, S. u. C. KUCZERA (2015): Typisch ist das vermeintlich Untypische: Alltag von Dorfbewohnern. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012. Thünen Report 32/2. Braunschweig.
- HIRSCHAUER, N., M. LEHBERGER u. O. MUSSHOFF (2014): Happiness and Utility in Economic Thought – Or: What Can We Learn from Happiness Research for Public Policy Analysis and Public Policy Making? Social Indicators Research, S. 1–28. doi: 10.1007/s11205-014-0654-2.
- HIRSCHMAN, A. O. (1974): Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen (Original 1970).
- IPSEN, D. (1978): Das Konstrukt Zufriedenheit. In: Soziale Welt 29, H. 1, S. 44–53.
- IPSEN, D. (1992): Stadt und Land: Metamorphosen einer Beziehung. In: Häußermann, H. et al.: Stadt und Raum. Pfaffenweiler, S. 117–156.
- KEIM, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, H. 11. September 2006, S. 3–7.
- KÜHN, M. (2015): Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities. In: European Planning Studies 23, H. 2, S. 367–378.
- KÜHN, M. u. S. WECK (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt, M. u. H. Liebmann (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, S. 24–46.
- KÜHN, M. u. U. MILSTREY (2015): Mittelstädte als periphere Zentren: Kooperation, Konkurrenz und Hierarchie in schrumpfenden Regionen. In: Raumforschung und Raumordnung 73, H. 3, S. 185–202.
- LSN = LANDESAMT FÜR STATISTIK NIEDERSACHSEN (Hrsg.) (2016): LSN-Online. Regionaldatenbank. Online: <http://www1.nls.niedersachsen.de/Statistik/html/default.asp> (Tabellen K3001031, K2300112, A100100G und Z100002G; aufgerufen: 8.3.2016).
- MILBERT, A. et al. (2012): Raumabgrenzungen und Raumtypen des BBSR. Analysen Bau.Stadt.Raum 6. Bonn.
- NAUMANN, M. u. A. REICHERT-SCHICK (2012): Infrastrukturelle Peripherisierung: das Beispiel Uecker-Randow (Deutschland). In: DISP. 47, H. 1, S. 27–45.
- NEU, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, H. 11. September 2006, S. 8–15.
- NEU, C. (2009): Daseinsvorsorge und territoriale Ungleichheit. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, S. 80–96.
- NEUMEIER, S. (2014): Modellierung der Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern: Untersuchung zum regionalen Versorgungsgrad mit Dienstleistungen der Grundversorgung. Thünen Working Paper 16. Braunschweig. Online: https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-workingpaper/ThuenenWorkingPaper_16.pdf (aufgerufen: 27.10.2016).
- NOLL, H.-H. (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. WZB Arbeitspapier P00–505. Berlin.
- REICHERT-SCHICK, A. (2008): Siedlungsregression und Schrumpfungprozesse ländlicher Gemeinden in Vorpommern. In: Europa Regional 16, H. 1, S. 36–48.
- RITTERHOFF, F. u. A. VOLKMANN (2014): Quartierseffekte – Forschungsstand, politische Verankerung und Perspektiven. In: Altrock, U., S. Huning, T. Kuder u. H. Nuissl (Hrsg.): Zielgruppen in der räumlichen Planung – Konstruktionen, Strategien, Praxis. Planungsrundschau 21. Berlin, S. 273–294.
- SCHROER, M. (2008): „Bringing space back in“. Zur Relevanz des Raums als soziologische Kategorie. In: Döring, J. u. T. Thielmann (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, S. 125–148.
- SCHWARZER, B. u. K. SPIEKERMANN (2014): Kleinräumige Bevölkerungsvoraus-schätzung und Erreichbarkeitsmodellierung im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Online: http://www.bbbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/Forschungsfelder/2011/Aktionsprogramm/ZentraleDatendienste/Reg-Das_Endbericht_Datendienste.pdf (abgerufen: 29.08.2016).
- STEINFÜHRER, A. u. C. KUHLCHE (2012): Soziale Verwundbarkeit gegenüber Hochwasser: Lehren aus der Elbeflut 2002. In: GAIA 21, H. 3, S. 202–209.

- STEINFÜHRER, A. u. P. KÜPPER (2013): Lokale Lebensqualität: Definitionen und Gestaltungsoptionen unter Alterungs- und Schrumpfungsbewingungen. In: Maretzke, S. (Hrsg.): Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? BBSR-Online-Publikation 2/2013, S. 16–28; www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2013/DL_ON022013.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (aufgerufen: 29.2.2016).
- STEINFÜHRER, A., P. KÜPPER u. A. TAUTZ (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Landbauforschung, Sonderheft 367. Braunschweig.
- THRUN, T., B. WINKLER-KÜHLKEN u. K.-H. HÜBLER (2005): Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Werkstatt: Praxis 38. Bonn.
- VEENHOVEN, R. (2009): Measures of Happiness. Concept of Happiness. World Database of Happiness. Erasmus University Rotterdam, Rotterdam. Online: http://www1.eur.nl/fsw/happiness/hap_quer/introtext_measures2.pdf (aufgerufen: 8.3.2016).
- ZAPF, W. (1972): Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschrift für Soziologie 1, H. 4, S. 353–376.
- ZAPF, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W. u. W. Zapf (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/M., New York, S. 13–26.

Dr. Patrick Küpper
Dr. Annett Steinführer
Johann Heinrich von Thünen-
Institut, Bundesforschungsinstitut
für Ländliche Räume, Wald und
Fischerei
Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
patrick.kuepper@thuenen.de
annett.steinfuehrer@thuenen.de

Резюме

ПАТРИК КЮППЕР, АННЕТТ ШТАЙНФЮРЕР

Дебаты о развитии сферы общественных услуг и периферизации в сельской местности

Дебаты по периферизации в Германии касаются в основном малонаселённых сельских территорий и выявляемой в полевых исследованиях деградации сферы общественных услуг в этих районах. До настоящего времени в этих дебатах различия в пределах сельской местности, так же как и субъективные представления и оценки населения, в значительной степени не учитывались. В статье на примере организации обслуживания в сфере образования и ухода за детьми в Нижней Саксонии рассматривается изменение количества и плотности начальных школ и детских дошкольных учреждений продлённого дня. Всегерманские данные опросов анализируются на предмет различий между заданными типами поселений. Показано, что в сельской местности развиваются как процессы разуплотнения, так и концентрации обслуживания, а также имеет место наращивание объектов общественных услуг в качественном и количественном выражении. Воспринимаемые ухудшения не ограничиваются сельской местностью либо периферийными сельскими территориями, значительно чаще результаты опросов указывают как на улучшения, так и на ухудшения в области обеспеченности доступными общественными услугами для всех типов поселений. При интерпретации результатов обследования упоминаются такие важные для рассмотрения факторы, как эффект привыкания, отток населения, неудовлетворёнными условиями проживания, стратегии компенсации, а также масштабы оценки со стороны отдельных социальных групп. Для дальнейших исследований это означает, что необходимо углублённое пространственное и междисциплинарное изучение отдельных областей общественного обслуживания, интересов, ожиданий и стратегий выживания, а также процессов ментальной адаптации с тем, чтобы концептуально и эмпирически наилучшим образом обосновать концепцию периферизации.

Периферизация; централизация; сфера общественных услуг; общественное участие; сельские территории; Германия

Résumé

PATRICK KÜPPER et ANNETT STEINFÜHRER

Les services d'intérêt général dans les régions rurales entre dédensification et élargissement: une contribution au débat sur la périphérisation

Le débat de la trajectoire périphérique en Allemagne s'oriente principalement sur les régions rurales faiblement peuplées et sur la dégradation des services d'intérêt général observée dans ces régions sur la base d'études de cas. Les différences au sein des régions rurales, tout comme les perceptions et évaluations subjectives de la population, sont jusqu'à présent peu prises en compte dans ce débat sur les équipements. En s'appuyant sur l'exemple des équipements publics dans les domaines de l'éducation et de l'accueil des enfants en Basse-Saxe, cet article met en lumière l'évolution du nombre et de la densité des écoles primaires et des garderies. Des données d'enquête sur toute l'Allemagne sont analysées afin de dégager des différences en termes d'équipements et d'évaluation entre les différents types d'habitats. L'article montre que dans les régions rurales, il existe aussi bien des processus de dédensification et de concentration qu'un renforcement quantitatif et qualitatif des équipements publics. Les détériorations perçues ne se limitent pas aux régions rurales ou périrurales; les données d'enquête indiquent plutôt la perception d'améliorations et de détériorations des équipements publics de proximité pour tous les types d'habitats et de territoires. Dans l'interprétation des résultats, il apparaît que les effets d'accoutumance, la migration des personnes mécontentes, les stratégies de maîtrise et de compensation ainsi que les critères d'évaluations spécifiques aux groupes sociaux sont des facteurs à prendre en compte. Pour des recherches complémentaires, cela signifie que des études approfondies, interdisciplinaires et de comparaison des types d'habitats, portant sur chaque domaine d'intérêt général, chaque attente et stratégie de maîtrise ainsi que sur chaque processus d'adaptation mentale sont nécessaires afin de mieux soutenir le concept de périphérisation d'un point de vue conceptuel et empirique.

Périphérisation; centralisation; services d'intérêt général; participation; régions rurales; Allemagne